

## Die Anfänge der ungarischen und bayerischen Räterepublik im zeitgenössischen Urteil der SPD und KPD

Die am 7. April 1919 ausgerufenen Räterepublik in Bayern sollte nur drei Wochen dauern. Sie blieb im wesentlichen auf München, Augsburg und einige oberbayerische Städte beschränkt, während sie auf dem Lande kaum Anhänger fand. In der ersten Phase, der sogenannten „anarchistischen Räterepublik“, die von „Volksbeauftragten“ der USPD, dem Bayerischen Bauernbund und Anarchisten geleitet wurde, stand die KPD in Opposition, da das Programm dieser „Volksbeauftragten“ nicht von einer bolschewistischen Partei ausging. Die KP beharrte auf dem Standpunkt, daß nicht in der Nachahmung des russischen und ungarischen Vorbildes der charakteristische Zug für ein bolschewistisches Programm liege, sondern in der Verwirklichung dieses Programms durch eine bolschewistische Partei. So sprach die KP verächtlich von einer „Scheinräteregierung“. Erst nachdem die in Bamberg sitzende bayerische Regierung militärische Vorbereitungen gegen die „Räteregierung“ traf, entschloß sich die KP zur Unterstützung der Revolution und übernahm am 13. April die „Leitung der revolutionären Massen“. Diese zweite Phase der Revolution, die „kommunistische Räterepublik“, dauerte noch weitere zwei Wochen, bevor sie in einem blutigen Bürgerkrieg erstickt wurde.

Beide Räteregierungen verfolgten ein Programm, das bolschewistische Grundsätze verwirklichen wollte. Außenpolitische Kontakte zur russischen und ungarischen Räterepublik konnten hergestellt werden, doch blieben diese infolge der Kürze des Bestehens der bayerischen Räterepublik und der wirren Verhältnisse nur von untergeordneter Bedeutung<sup>1</sup>.

Im Gegensatz zur ungarischen Räterepublik<sup>2</sup>, wo die Armee infolge der nationalen Ziele der Revolution (Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete) hinter der Regierung stand, fehlte es in Bayern an militärischen Rückhalt. Die sogenannten „Roten Garden“, die zur Verteidigung der „Errungenschaften“ der Räteherrschaft aufgebildet wurden, bestanden zum größten Teil aus bewaffneten Gruppen, denen jegliche militärische Erfahrung fehlte. Dies führte nach dem Beginn der Intervention durch die Regierungstruppen zum raschen, aber blutigen Zusammenbruch der bayerischen Räterepublik Anfang Mai 1919. Ein weiterer Gegensatz zwischen den beiden Räterepublikten bildete die fehlende Unterstützung der Räte durch breitere Bevölkerungskreise in Bayern. Während in Ungarn zumindest in der Anfangsphase nationalgesonnene Kreise hinter der Regierung KUN standen und es im März und April noch zu einer echten Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen war, lehnten in Bayern die Kommunisten jede Mitarbeit ab und machten die „Räte“ lächerlich. Nach der Machtübernahme durch die schwache kommunistische Partei versagten dann die SPD und die Mehrheit der USPD – wenn man einmal von einigen südbayerischen

---

<sup>1</sup> Vergleiche zum Verlauf der bayerischen Räterepublik die Arbeiten von BÖHM, BREUER, KOPP, MORENZ, NEUBAUER und SCHMOLZE.

<sup>2</sup> Vergleiche zur ungarischen Räterepublik den Beitrag von RÉVÉSZ in diesem Band S. 132. – Für weiterführende Literatur die Arbeiten von SKLÓS und BAK Veröffentlichungen.

Unterbezirksgruppen absieht, die jedoch nur mit dem Gedanken einer Unterstützung spielten, ohne es dazu kommen zu lassen — jede Unterstützung und bekämpften die kommunistischen Räte.

\*

Gegenstand des folgenden Beitrages ist die Beurteilung der ungarischen und bayerischen Räterepublik durch die beiden Zentralorgane der KPD und der SPD: Die „Rote Fahne“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), und der sozialdemokratische „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die regionalen Organe der KPD und SPD, die heute teilweise nur schwer zu beschaffen sind, wurden aus der Betrachtung ausgeklammert. Die Haltung der USPD wurde nicht berücksichtigt, da hierzu bereits eine in Ostberlin erschienene Arbeit von SIEGFRIED HÖPPNER<sup>3</sup> vorliegt.

Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, war im Jahre 1919 von einem ständigen Verbot bedroht und zeitweise mit einem solchen belegt. Vom 3. März bis 8. April 1919 und vom 6. Mai bis 11. Dezember 1919 war die Zeitung verboten. Sie erschien also nur 3 Wochen während des Bestehens der ungarischen Räterepublik und fast während der gesamten Dauer der bayerischen Räterepublik. Dennoch spiegelt sie die Haltung und Einstellung des deutschen Kommunismus zu beiden Republiken gut wider. Die Zeitung erschien täglich einmal in einem Umfang von vier Seiten und berichtete fast ausschließlich über Vorgänge in Deutschland, Auslandsmeldungen nahmen dagegen nur einen bescheidenen Umfang ein.

Völlig anders war dagegen die Lage beim „Vorwärts“. Er erschien täglich mit einer Morgen- und einer Abendausgabe, sonntags nur einmal. Die Morgenausgabe umfaßte im Durchschnitt 8–14 Seiten, die Abendausgabe 4–6 Seiten. Wie die „Rote Fahne“ berichtete auch der „Vorwärts“ hauptsächlich über die Vorgänge in Deutschland, doch erschienen daneben auch umfangreiche Berichte aus dem Ausland.

Beide Zeitungen dokumentieren die Hoffnungen ihrer Parteien und unterscheiden sich darin grundlegend in ihrer Berichterstattung: die Kommunistische Partei wartete seit der Oktoberrevolution in Rußland und dem Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 auf den Ausbruch der deutschen Revolution und der Weltrevolution und interpretierte jeden Streik als Fortschreiten des „Reifeprozesses“ der Massen, während die SPD für eine Festigung des parlamentarisch-demokratischen Systems eintrat und in Streiks und Unruhen eine Bedrohung ihrer Macht erblickte.

An Voraussagen über den unmittelbaren Ausbruch der Weltrevolution hatte es in jenen Tagen nicht gemangelt. Auf dem VIII. Parteitag der RKP (B), der vom 18. bis 23. März 1919 in Moskau tagte, hatte LENIN am 18. März 1919 erneut unterstrichen, daß der Sieg der Revolution in Mitteleuropa unmittelbar bevorstehe<sup>4</sup>. Die drei Tage später ausgerufene ungarische Räterepublik schien diese Voraussage zu bestätigen, wenn man nicht einschränkend hinzufügen mußte, daß ihre Proklamation selbst für den aufmerksamen Beobachter völlig überraschend gekommen war. Selbst BÉLA KUN war sich bei Ausrufung der ungarischen Räterepublik nicht über die internationale Lage klar: er wußte zwar, daß das Räteregime in Ungarn sich „nur bei einem Sieg der Weltrevolu-

<sup>3</sup> Die ungarische Räterepublik S. 77–108. — Eine ausführliche Untersuchung liegt auch über die Beziehungen zu den Sozialdemokraten und Kommunisten in Österreich vor, vgl. GÁBOR.

<sup>4</sup> LENIN Band 38, S. 131–173. — SIKLÓS S. 7–26.

tion“ würde halten können, doch rechnete er mit einem solchen Sieg in zwei bis drei Tagen, wie er in einer Rede vor dem Revolutionären Regierungsrat am 24. März 1919 betonte<sup>5</sup>. Dennoch schienen die Hoffnungen der Kommunisten durch den Sieg der ungarischen Räteregierung und die Erfolge der Roten Armee in Rußland, die auf die Karpaten vorrückte und damit eine Verbindung zu Ungarn u. U. herstellen konnte, nicht völlig aus der Luft gegriffen zu sein. Eine allgemeine Begeisterung erfaßte im Frühjahr 1919 die kommunistischen Parteien, die ihre große Stunde greifbar nahe sahen.

Verständlich, daß die KPD ebenso begeistert die ungarische Revolution begrüßte<sup>6</sup> wie die russischen Genossen, bei denen die Nachricht von der Proklamation der ungarischen Räteregierung auf ihrem Kongreß „mit Enthusiasmus“ begrüßt wurde und die Überzeugung geäußert wurde, daß „die Zeit nicht fern ist, wo der Kommunismus in der ganzen Welt siegen wird“<sup>7</sup>.

Nur auf dem Hintergrund dieser weltrevolutionären Erwartungen kann man die Meldungen der „Roten Fahne“ begreifen, die jeden Streik, jede Demonstration und Unruhe in Deutschland sorgfältig *registrierte*, selten jedoch *analysierte*. Wenn man die Ausgabe Nr. 48 vom 12. April 1919 durchsieht, so widmet sie auf ihren 4 Seiten 41 Zeilen der Entwicklung in Bayern, wo die erste Phase der bayerischen Räterepublik, die sogenannte „anarchistische Räterepublik“<sup>8</sup>, ihrem Ende entgegengeht. Danach folgen unter der Hauptüberschrift „Über die Streikbewegung in Deutschland“ 14 Beiträge von der revolutionären Front in Deutschland, die charakteristisch sind für die Nachrichten der „Roten Fahne“ und daher kurz genannt werden sollen (in Klammern die Anzahl der Zeilen pro Artikel):

- „Demonstrationen für eine Räterepublik in Hannover“ (12)
- „Die geistigen Waffen der Arbeiterfeinde“. Mühlheim (19)
- „Noske Erfolge in Danzig“ (6)
- „Protest der Ruhrbergleute“ (35)
- „Zieht Noske ab?“ Beuthen, Schlesien (5)
- „Kanonen und Belagerungszustand gegen Streikende“. Hannover (10)
- „Das Verbot der Roten Fahne“ (4)
- „Der Generalstreik in Braunschweig“ (6)
- „Generalstreik der Bauarbeiter in Berlin“ (5)
- „Streik der Stettiner Friedhofsarbeiter“ (4)
- „Eisenbahnerstreik in Bremen“ (6)
- „Bürgerstreik in Braunschweig“ (8)
- „Letzte Streiknachrichten“ aus verschiedenen Städten (27)
- „Vom Generalstreik in Württemberg“ (64)

Unter der Rubrik „Internationale Streiks“ folgt noch ein Bericht von der Streikbewegung in Ägypten (31).

Ferner wird aus Ungarn über die Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes berichtet, woraus hervorgeht, daß die „ungarische Revolution“ sich gegen die „Herrschaft des Grundbesitzes richtet“ und nur der „Klein- und Zwergbodenbesitz“ von der Sozialisierung verschont geblieben sind.

<sup>5</sup> BAK Telegrammwechsel, S. 197.

<sup>6</sup> Vgl. H. KOLBE und J. ZELT, in: Die ungarische Räterepublik, S. 39—42.

<sup>7</sup> BAK Telegrammwechsel, S. 197.

<sup>8</sup> NEUBAUER und MITCHEL.

Überraschend ist zunächst einmal die Tatsache, daß über Bayern nur 10 Zeilen mehr erschienen als über die Streikbewegung in Ägypten und sogar 23 Zeilen weniger als vom Generalstreik in Württemberg. Die Erklärung hierfür lag in der Tatsache, daß die erste Phase der bayerischen Räterepublik, die Zeit vom 6./7. April bis zum 13. April, von der KPD eindeutig abgelehnt wurde, ja es kam sogar zu Protestdemonstrationen gegen die von Anarchisten geführte Räterepublik<sup>9</sup>. Bereits vor der Ausrufung der „Räteherrschaft“ hatte die „Rote Fahne“ vor einer „Machtergreifung“ gewarnt<sup>10</sup>.

Am 9. April hatte die „Rote Fahne“ die „Scheinräteregierung“ in München verurteilt, unter deren Schutz die „kleinbürgerliche Intelligenz Geschäftigkeit in der Wahrnehmung der Konjunktur entwickle, aber gleichzeitig Impotenz und Feigheit“ zeige. Die Sozialisierung erschöpfe sich augenscheinlich in der Sozialisierung der Universität.

Völlig anders sieht der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom gleichen Tag aus. Zwar findet sich ein ausführlicher Bericht über den in Berlin tagenden Rätekongreß, doch fehlen die Berichte von der deutschen Streikfront, die in der „Roten Fahne“ den Hauptanteil der Berichterstattung ausmachen. In der Morgen- und Abendausgabe finden sich ferner keine Meldungen aus Ungarn. Ausführlicher hingegen wird über die Münchener Vorgänge berichtet. Im Gegensatz zur „Roten Fahne“, die aus ideologisch-dogmatischen Gründen die Räteregierung ablehnte, findet der „Vorwärts“ die ganzen Münchener Vorgänge lächerlich und warnt nur vor den Folgen ähnlicher Putsche für Deutschland. Unter der Überschrift: „Die Kommödie in München“ wird aus der bayerischen Hauptstadt u. a. gemeldet: „Die Münchner Kommödie wird zur Tragödie. Kaum, daß das neue kommunistische Kabinett LEVIEN — MÜHSAM — KLOTZ zusammengetreten ist, beginnen auch schon Auseinandersetzungen in bolschewistischem Tone. Der närrische Kaffeehausliterat MÜHSAM hat mit seinen Kollegen LEVIEN verprügelt und ist dann selbst Opfer einer Gegenaktion geworden. Mittlerweile soll auch der Dritte im Bunde der Maurerpolier KLOTZ bereits seine Haue bekommen haben.“ Vor den Folgen dieser bolschewistischen Umtriebe wird gleichzeitig gewarnt, wenn das Blatt fortfährt „München ist in einer fürchterlichen Situation. Das ganze Land steht gegen die Hauptstadt einmütig zusammen. Die Stadt ist ringsherum abgesperrt. Die Truppen, die das Spartakistennest vollends ausheben sollen, sind bereits bis Regensburg vorgerückt“. Während hiermit der Bevölkerung die Angst vor dem Bolschewismus eingepflegt wird, hat der „Vorwärts“ noch eine weitere Meldung parat, aus der hervorgeht, daß die Gewinner der deutschen Uneinigkeit nur die Feinde Deutschlands sein können. So wird die „chauvinistische Pariser Presse“ zitiert, die in der bayerischen Räterepublik einen „separatistischen Bolschewismus“ sehe und die Hoffnung äußert, daß dieser zu einer „Aufteilung Deutschlands“ führen wird.

In der Abendausgabe wurden die Führer in München kurzerhand als Irre abgetan, die zeitweise in nervenärztlicher Behandlung waren und vor Jahren aus einer Kölner Nervenheilanstalt geflüchtet seien.

Die Berichterstattung über die bayerischen Vorgänge bleiben im „Vorwärts“ die ganze Zeit über ablehnend und subjektiv. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in München ist meist von „Durcheinander“ und „Anarchie“ die Rede, seit Mitte April — also immerhin noch 2 Wochen vor dem Zusammenbruch — treten die bayerischen Ereignisse in der Berichterstattung in den Hintergrund, und es wurden vor allem Meldungen über den

<sup>9</sup> BREUER S. 32.

<sup>10</sup> GERSTL S. 8—9.

Abfall einzelner Städte von der Räteregierung gebracht sowie von den Gegenmaßnahmen der bayerischen Regierung des Ministerpräsidenten HOFFMANN. Ausführlich wurden dann die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der bayerischen Roten Armee bei Dachau Ende April und um München geschildert. Maßnahmen der Räteregierung werden stets negativ kommentiert, wobei beim Leser der Eindruck entstehen muß, daß in München jeder gegen jeden „regiert“. Der Sturz der Münchener Räteregierung wird vom 14. April an wiederholt gemeldet. Übereinstimmung mit den Kommunisten registriert der „Vorwärts“ am 9. April (M) und am 11. April (M)<sup>11</sup>, als gemeldet wird, daß nach dem Eingeständnis der KPD Bayern nicht reif sei für die Räteregierung und daß die Frankfurter Spartakisten die bayerische Räteregierung ablehnen.

Diese beiden Meldungen trafen durchaus für die Haltung der KPD zu, die erst nach der Machtübernahme am 13. April die bayerische Revolution vorbehaltlos unterstützte. Die „Lächerlichmachung“ des Münchener Zentralrats durch die sozialdemokratische Presse wurde von der „Roten Fahne“ am 13. April sogar begrüßt, da sie davon ausging, daß sich das bayerische Proletariat erst dadurch besinnen würde und den „Münchener Genossen“, d. h. der KPD, die „Leitung der Räterepublik“ übertragen werde. Die KPD gibt sich in diesem Beitrag wenig revolutionär und spricht sich fast für den evolutionären Weg zur Macht aus, wenn sie den am 6. April stattgefundenen Putsch in München als Mittel der Machtübernahme ablehnt, da sie — die KPD — nur eine Machtübernahme wolle, wenn der „bewußte Wille der proletarischen Massen“ zur Grundlage der proletarischen Diktatur werde. „Knechte, Mägde, Tagelöhner, Söldner, Häusler, allerlei Zwischenexistenzen zwischen Tagelöhnern und Kleinbauern und zwischen Kleinbauern und Industriearbeitern“ müßten Träger der proletarischen Massenbewegung werden. „Die Mobilisierung des süddeutschen Landproletariats wird zweifellos eine schwierige und langwierige Arbeit sein“, heißt es dann weiter. „Rascher wird die Mobilisierung des norddeutschen Landproletariats gehen. Sie ist die dringendste Aufgabe, um der Süddeutschen Vendée [gemeint sind katholischer Klerus, Landbündler, SPD] ein Gegengewicht zu bieten. Ostelbien ist immer noch näher an Bayern, Württemberg und Baden als Ungarn und die Ukraine.“ Gerade die letzte Bemerkung zeigt, daß die von den Putschisten am 6. April ohne Mitwirkung der KPD ausgerufene Räterepublik als Folge der ungarischen Ereignisse mitgesehen werden muß. Am 7. April hatte MÜHSAM den Umsturz mit folgenden Worten gerechtfertigt: „Im Bunde mit dem revolutionären Rußland und Ungarn wird das neue Bayern die revolutionäre Internationale herstellen und der Weltrevolution die Wege ebnen“<sup>12</sup>.

Erst nach der Übernahme der Räterepublik durch die KPD wird dann die bayerische Räterepublik als Vorkämpferin einer deutschen Räterepublik gefeiert und die Maßnahmen der bayerischen Regierung HOFFMANN, die auf Unterstützung aus Berlin rechnen konnte, scharf verurteilt<sup>13</sup>.

Am 4. Mai mußte die „Rote Fahne“ endgültig den Zusammenbruch der bayerischen Räteregierung eingestehen, doch stellt sie fest, daß „zum ersten Male . . . das Proletariat bewußt den Schritt getan hat hinüber ins andere Land“. Die Annahme der Räte-

<sup>11</sup> Morgenausgabe (M)  
Abendausgabe (A).

<sup>12</sup> NEUBAUER S. 53. — So wurde eine „sofortige Aufnahme“ von Verbindungen zu Ungarn und Sowjetrußland gefordert, GERSTL S. 15.

<sup>13</sup> Rote Fahne vom 1. Mai 1919.

regierung geschah „klar überdenkend, in den Betrieben abstimmend, in den Arbeiter-  
räten sich organisierend, bewußt der Gefahren und bewußt der Opfer“.

Diese fast wie ein Planspiel abgelaufene Machtübernahme existierte allerdings nur  
als Wunschvorstellung bei den Kommunisten. Die Wirklichkeit sah anders aus. Das  
Scheitern der Revolution in Bayern wird damit begründet, daß der „Reifegrad zum  
Übergang noch nicht vorhanden war“. Dies widerspricht allerdings den obigen Fest-  
stellungen der „bewußten“ Annahme der Räteregierung. Scharf rechnet die „Rote  
Fahne“ mit jenen Kräften ab, die sich als kommunistisch bezeichnen, aber nicht zur  
KPD gerechnet werden können. „Damit ist das Wesen einer überwundenen Epoche und  
Revolution gezeigt, in der putschistische Kraftmeier und unabhängige Revolutions-  
neurastheniker zum Losschlagen riefen . . . Von anarchistischen Hanswursten begon-  
nen, von unabhängigen Tollköpfen übernommen, kam das Werk der Revolution in  
unsere Hände . . . Die Entscheidung der Münchner Genossen ging dahin, das übrige  
Deutschland mitreißen zu können . . . Doch die Münchner Ereignisse beweisen, man  
darf derartige wirt begonnene Bewegungen nicht weiterführen, sondern muß den  
Reifegrad abwarten, der sich in der Streikbewegung zeigt.“

\*

Noch einmal wird die Streikbewegung hervorgehoben, der das Hauptinteresse der KPD  
in diesen Wochen und Monaten galt. Hieraus erklärt sich, warum den ungarischen  
Ereignissen nur verhältnismäßig wenig Platz eingeräumt wurde. Wenn man bedenkt,  
daß die Proklamation der ungarischen Räterepublik am 11. April von der Roten  
Fahne als *der* Funke, der „zündend, belebend, Altes, Neues erweckend“ bezeichnet  
wurde, so fragt man sich, warum diesem Ereignis nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet  
wurde. Der Grund hierfür wurde schon genannt: man erwartete den Ausbruch der  
Weltrevolution in Deutschland. Ungarn war in dieser Kette nur ein Glied, das man  
würdigte, aber nicht überschätzte.

Die erste ausführliche Kommentierung der Vorgänge in Ungarn findet sich in der  
„Roten Fahne“ am 24. April. Es handelte sich um einen 20 Zeilen langen Artikel über  
einen Aufruf „des ungarländischen revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates“, der  
am 4. Mai zusammentreten wolle, um Bericht zu erstatten „über seine Tätigkeit, die er  
zur Vernichtung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus geleistet hat“. Dieser  
Einladung wird besondere Bedeutung beigemessen, da sich die Vertreter der  
Arbeiterparteien an Ort und Stelle von der „aufbauenden Tätigkeit der ungarländi-  
schen proletarischen Diktatur“ überzeugen könnten, da die Hauptwaffe des Kapitalis-  
mus die Verleumdung sei. In einem zweiten Beitrag von 27 Zeilen am selben Tage  
wird über die erfolgreiche Aufstellung von Roten Truppen zur Verteidigung der  
Errungenschaften der ungarischen Räteregierung gegen die ausländischen Invasoren  
berichtet, aus dem hervorgeht, daß die ungarische Bevölkerung eindeutig hinter der  
Regierung BÉLA KUN steht, „denn selbst Passanten in den Straßen von Budapest“  
schließen sich den Roten Truppen bereitwillig an.

Einen Tag später erscheint ausgerechnet in der „Roten Fahne“ die Kurzmeldung, daß  
an der Wiener Börse eine Aufwärtsentwicklung ungarischer Aktien stattgefunden hat,  
„infolge der positiven Beurteilung“ der ungarischen Ereignisse. In den folgenden Tagen  
finden sich Meldungen über den Kampf gegen die Invasionstruppen, wobei aber gleich-  
zeitig die einhellige Unterstützung der Räteregierung durch die Bevölkerung unter-  
strichen wird. Am 27. April wird gemeldet, daß sich bei Ungvár zwei tschechoslowa-

kische Bataillone der ungarischen Roten Armee angeschlossen hätten, um „kampfvereint mit dem ungarischen Proletariat für die Befreiung des Proletariats der Slowakei und Böhmens einzutreten“. Aus weiteren Meldungen geht hervor, daß es in der tschechoslowakischen Armee und in Munitionsfabriken zu Streiks gekommen ist. Triumphierend schließt die „Rote Fahne“: „Diese Meldung bedeutet den Anfang der Auflösung der imperialistischen tschechischen Armee. Sie beweist ferner ganz klar, daß in der Slowakei die Revolution bevorsteht“.

Am 30. April wird dann noch einmal aus Ungarn gemeldet, daß eine Landreform mit genossenschaftlicher Organisation durchgeführt werden soll, um einer Zerstückelung des Großgrundbesitzes wie in Rußland vorzubeugen. Ferner sei die Errichtung einer Arbeiteruniversität in Budapest geplant.

Seit 25. April erscheinen immer wieder Kurzmeldungen von dem Aufmarsch der jugoslawischen, rumänischen und tschechischen Truppen, die von England, Frankreich und Italien aus unterstützt würden.

Parallel zu den Meldungen über die Invasionstruppen in Ungarn liefen die Berichte vom Vormarsch der Reichstruppen und der Regierung HOFFMANN in Bayern auf München. Für den Leser der „Roten Fahne“ mußte der Eindruck entstehen, als spitze sich in Budapest und München die Lage gleichermaßen zu. So verwundert es nicht, daß die „Rote Fahne“ am 4. Mai das „Ende der ungarischen Räteregierung“ auf Seite 1 mit einer Balkenüberschrift meldet, nachdem die Leserschaft durch das Nichterscheinen der Zeitung am 2. und 3. Mai über den Fortgang in Ungarn im unklaren gelassen wurde. Am gleichen Tag also, an dem das Scheitern der bayerischen Räteregierung und die Beendigung der Kämpfe in München verkündet wurden, schien auch in Budapest das gleiche Schicksal bevorzustehen. Der Grund war eine Meldung aus Budapest, nach der sich die Regierung BÉLA KUN in einem Telegramm an die Regierungen in Belgrad, Bukarest und Prag mit der Abtretung aller von diesen Staaten geforderten Gebiete einverstanden erklärte, nachdem die Lage durch den Vormarsch der rumänischen Truppen praktisch aussichtslos geworden war. Das rasche Eingeständnis des Scheiterns der ungarischen Räteregierung durch die „Rote Fahne“ zu einem Zeitpunkt, an dem noch nichts Genaueres über die wahren Vorgänge ausgesagt werden konnte, muß zunächst einmal überraschen, zumal dann, wenn man diese Meldung mit den Berichten über die Rückzugsgefechte in Bayern vergleicht, wo bis zuletzt der Anschein aufrechterhalten wurde, als könne sich die bayerische Rätewacht halten. Hinzu kommt, daß die „Rote Fahne“ noch eine Woche vorher über die Einmütigkeit der Bevölkerung in Ungarn berichtet hatte. Dieses völlige Umschwenken kann nur aus dem Scheitern in Bayern erklärt werden. Die letzte Ausgabe der „Roten Fahne“ vor ihrem erneuten Verbot, die am 5. Mai erschien, zieht dann auch eine direkte Verbindung zwischen Budapest und München. Mit Riesenlettern steht auf Seite 1 als Überschrift „München—Budapest“. Im Leitartikel wird dann der Zusammenbruch der beiden Räteregierungen kommentiert: „In München Einzug der Ordnungstruppen, in Budapest die Räteregierung zusammengebrochen vor der Offensive der Bojaren und der Bourgeoisie Rumäniens und Südslawiens und des tschechoslowakischen Kleinbürgertums, in Rußland starke militärische Erfolge der Truppen des Admirals KOLTSCHAK und allenthalben der Jubel, die Racheschreie und die Pogromhetze der Bourgeoisie ganz Europas. — Was ist geschehen? Die Gegenrevolution hat neue Reserven ins Feuer geführt. Die Bauernschaft, die Bürgersöhne und das Lumpenproletariat Bayerns, Kleinbauern, Kleinbürger und Landsklaven Rumäniens, Südslawiens und Tschechoslowakiens. Diese Reserven haben noch einmal den Gang der Revolution hemmen können“. In einer politischen Analyse

der Lage in Europa wird dann auf die Unfähigkeit der Regierungen hingewiesen, die weder einen dauerhaften Frieden schaffen noch die Versorgung der Bevölkerung garantieren könnten. „Aus diesen Tatsachen schöpft das Proletariat seine nimmer schwankende Zuversicht, trotz München, trotz Budapest.“ Der Sieg der Revolution werde unausbleiblich kommen, Rückschläge müsse man in Kauf nehmen. Mit dieser abschließenden Kommentierung mußte die „Rote Fahne“ ihr weiteres Erscheinen wieder einmal einstellen, da sie bis zum 12. Dezember 1919 verboten wurde.

Wesentlich ausführlicher ist die Berichterstattung über Ungarn im „Vorwärts“<sup>14</sup>. Bereits am 22. März, also nur einen Tag nach der Proklamation, meldet der „Vorwärts“ auf Seite 1 seiner Abendausgabe: „Anschluß Ungarns an Sowjetrußland. — Eine Folge der Ententediplomatie“. Der Rücktritt von Ministerpräsident Graf KÁROLYI wird in diesem Beitrag als „Akt der nationalen Verzweiflung“ charakterisiert. Aus der Rücktrittserklärung KÁROLYIS gehe klar hervor, daß auch dem ehemals ententefreundlichen ungarischen Ministerpräsidenten ein Ententefeind wurde, der nur Halt bei Sowjetrußland suche. Am Beispiel Ungarns zeige sich, daß die falsche Ententepolitik die Staaten in den Bolschewismus treibt, den die Ententemächte gerade so fürchten. „Ungarn ist ein Warnungszeichen, das den Ententeimperialisten zeigen müßte, daß es so nicht weiter geht. Wenn noch Zeit und Besinnung ist, so ist es jedenfalls höchste Zeit.“ Einen Tag später, am 23. März, wurde der Aufruf „Ungarns Ruf an Alle“ abgedruckt, der von der SPD jedoch entschieden abgelehnt wurde. Festgestellt wurde noch, daß die ungarischen Kommunisten vor allem außenpolitisch orientiert seien. Die Überschrift des ersten Berichts „Eine Folge der Ententepolitik“, in der die Proklamation der ungarischen Räterepublik sicher nicht zu Unrecht als Ergebnis der falschen Politik der Siegermächte dargestellt wurde, bestimmte die Berichterstattung der folgenden Tage. Es entsteht fast der Anschein, als würden die ungarischen Ereignisse von der SPD begrüßt, die die Bolschewisierung Ungarns zum Anlaß nehmen konnte, um vor den Folgen zu harter Friedensbedingungen für Deutschland zu warnen<sup>15</sup>. Immer wieder wurde betont, daß der Regierung KÁROLYI keine andere Möglichkeit blieb, da die gewaltigen territorialen Abtretungen von dem kleinen Land nicht verkraftet werden konnten. Ferner wird auf die Gefahr hingewiesen, die durch die Proklamation Ungarns zur Räterepublik entstanden sei. Ein Überspringen der Revolution auf Deutschland, die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien könne nicht mehr ausgeschlossen werden. Daneben wird von der Bestürzung über die ungarischen Vorgänge in London und Paris berichtet, wo man sich auf eine Intervention vorbereite. Diese Interventionsmöglichkeit wird fast in jeder Ausgabe bis Ende März wiederholt. Sie war sicher an die Adresse kommunistischer und spartakistischer Gruppen gerichtet, um ihnen die Sinnlosigkeit einer Bolschewisierung Deutschlands vor Augen zu führen, die von seiten der Entente unter keinen Umständen zugelassen werden würde. Auf

<sup>14</sup> Die einzige Möglichkeit Nachrichten aus Ungarn zu erhalten, bestand darin, sie von der Wiener Presseagentur zu beziehen, die sie wiederum von der Nachrichtenabteilung der Wiener Gesandtschaft in Budapest bezog. Dort befand sich eine eigene Abteilung, die mit dem Sammeln von Nachrichten über den Fortgang der ungarischen Revolution beauftragt war. Diese Nachrichten verfolgten oft das Ziel der Sozialdemokratie und trugen antikommunistische Untertöne, um den Kommunisten der anderen Länder zu zeigen, daß eine Revolution nach dem russischen Vorbild aussichtslos sei. Vgl. BÖHM S. 379—385.

<sup>15</sup> LÖSCHE S. 236—247, u. a. die Hoffnungen der SPD auf Unterstützung ihrer Politik durch die Entente zur Abwehr einer bolschewistischen Revolution in Deutschland.

der anderen Seite wird den Ententemächten die Gefahr einer Radikalisierung Deutschlands klargemacht, was sicher im Hinblick auf die Friedensverhandlungen mit Deutschland geschah. Die Berichte aus Ungarn selbst schilderten einerseits die Beruhigung der dortigen Situation und die Konsolidierung der Macht des Rätessystems, auf der anderen Seite wurde einschränkend hinzugefügt, daß diese Nachrichten aus Kreisen stammten, die der neuen Regierung nahestehen, während andere Meldungen vom völligen Chaos in Ungarn sprechen.

Am 31. März (M) bringt dann der „Vorwärts“ den ersten ausführlichen Kommentar über Ungarn unter der Überschrift: „Was wissen wir von Ungarn?“

„Wir wissen, daß Ungarn aus Verzweiflung über den Druck, den die Entente und die ihr verbündeten Nachbarstaaten auf Ungarn ausgeübt haben, sich die Diktatur der Räte eingerichtet hat. Ein merkwürdiger Bolschewismus — wenn man ihn überhaupt so nennen darf — ist da unter förmlicher Mitwirkung des Bürgertums installiert worden.“

Ferner heißt es dann:

„Man darf nicht aus dem Auge lassen, daß der Bolschewismus Ungarns etwas ganz anderes ist als der Rußlands. Der russische Kommunismus ist von Anfang an eine rein kommunistische Bewegung . . .

Der ungarische Bolschewismus ist seinen eigentlichen Ursachen nach nicht in erster Linie eine kommunistische, sondern vielmehr eine nationalistische Bewegung . . . War der russische Bolschewismus gewissermaßen ein Ausbruch des materiellen Elends des russischen Volks, so ist der ungarische der Ausbruch der nationalen Verzweiflung . . . um den territorialen Bestand Ungarns. Der ungarische Bolschewismus ist eine Auflehnung gegen die Siegerwillkür und erst in zweiter Linie eine solche gegen den Kapitalismus.“

Positiv wird dann noch die Tatsache gewürdigt, daß in der Machtausübung ebenfalls ein wesentlicher Unterschied bestehe. In Ungarn sind alle sozialistischen Parteien *gemeinsam* an der Regierung beteiligt unter Einschluß nichtsozialistischer Arbeiter.

Dieser Bericht vom 31. März kann als letzter objektiver Beitrag im „Vorwärts“ bezeichnet werden. In den folgenden Tagen erscheinen immer häufiger Meldungen, die von einer Radikalisierung in Ungarn sprechen (3., 4., 5. April). Die Schwankung in der Berichterstattung ist nicht zuletzt auf die Vorgänge in Bayern zurückzuführen, wo das ungarische Vorbild eifrige Befürworter fand und wo es seit dem 3./4. April zu Kundgebungen zugunsten einer bayerischen Räterepublik kam. Vom 5. April ab stehen die Vorgänge in Bayern im Blickpunkt der Aufmerksamkeit des „Vorwärts“. Zwar distanziert sich die SPD sofort von den Putschisten in München, doch wird gemeldet, daß die SPD-Sektion Südbayerns sich für eine Räteregierung aussprach unter der Bedingung der Mitbeteiligung an den Regierungsgeschäften. In den folgenden zwei Wochen erschienen über Ungarn nur noch Meldungen, die von der Radikalisierung, Sozialisierung und Bolschewisierung im Lande sprechen sowie von der gleichzeitigen Interventionsabsicht der Ententemächte. Am 17. April (M) wird eine Rede BÉLA KUNS abgedruckt, in der dieser zugeben mußte, daß man noch nicht alles erreicht habe, „was das Klasseninteresse fordert, . . . Die Bourgeoisie müsse vernichtet werden, denn solange es eine solche gibt, gebe es auch eine Proletariertklasse. Wir aber streben nach einer klassenfreien Gesellschaft . . . Wir sind nicht zuerst Ungarn, sondern Proletarier“. Am 22., 23. und 25. April wird von Angriffen der Rumänen und Tschechen auf Ungarn berichtet sowie von Terrorurteilen in Budapest wegen sogenannter „gegenrevolutionärer“ Tätigkeit. In der Berichterstattung über die Vorgänge in Budapest und München finden sich

in diesen Tagen zahlreiche Übereinstimmungen: in beiden Städten konzentrieren sich die bolschewistischen Elemente, um sich gegen die vorrückenden antibolschewistischen Truppen zu verteidigen, wobei die Roten sich durch Terror und Gewaltmaßnahmen an der Macht zu halten versuchen. Seit Anfang Mai finden sich dann keine Meldungen mehr über Ungarn.

Vergleicht man diese Berichterstattung über Ungarn, so lassen sich zwei Phasen deutlich unterscheiden: in der ersten Phase, die vom 22. März bis 31. März dauert, wird objektiv über Ungarn berichtet, wobei die positiven und negativen Stimmen im gleichen Verhältnis zueinander stehen. Seit Anfang April, als sich in Bayern die Stimmen für eine Ausrufung der Räterepublik mehren, finden sich fast nur noch negative Meldungen über Ungarn, die seit Mitte April den bevorstehenden Sturz der ungarischen Räteregierung ahnen lassen. Im Gegensatz zur „Roten Fahne“, die seit Mitte April vom heldenhaften Kampf in Ungarn und Bayern zu berichten weiß, wo sich die Massen gegen die konterrevolutionären Kräfte einmütig verteidigen, weiß der „Vorwärts“ vor allem von Terror und Gewalt der um ihre aussichtslose Position kämpfenden kommunistischen Gruppen zu berichten. Im Gegensatz zur bayerischen Räteregierung, die im „Vorwärts“ von Anfang an negativ beurteilt wird, wird der ungarischen Räteregierung anfangs Verständnis entgegengebracht. Die Abgrenzung der ungarischen Vorgänge gegenüber dem sowjetrussischen Vorbild erweckt zunächst den Anschein, als sähen die deutschen Sozialdemokraten in den ungarischen Vorgängen eine Möglichkeit zur „nationalen Sammlung“ aller sozialistischen Gruppen, um gegen die konservativen Kräfte im eigenen Land wie auch gegen die Ententepolitik ein Gegengewicht zu bilden. Bestrebungen in dieser Richtung zeigen sich in der Bereitschaft der südbayerischen SPD zur anfänglichen Mitarbeit und Unterstützung der Münchener Räteregierung, von der sie sich erst in dem Moment distanziert, als das wirre Programm der Putschisten klar wird sowie die Nichtbereitschaft der Kommunisten zur Zusammenarbeit.

Die Kehrtwendung in der Beurteilung der Vorgänge in Ungarn im „Vorwärts“ findet in dem Moment statt, als die Gefahr auftaucht, daß der „ungarische Funke“ auf Deutschland überspringt, und das bayerische Beispiel die Gefahr signalisiert, die ein Erfolg der ungarischen Räte für Deutschland bedeuten könnte. Diese Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands kam dem „Vorwärts“ in den ersten Tagen nach der Proklamation der ungarischen Räteregierung ganz gelegen, da hiermit an die Adresse der Ententemächte eine deutliche Warnung gerichtet werden konnte, bei den künftigen Friedensverhandlungen mit Deutschland maßvoller zu sein als bei Ungarn, wo die Maßlosigkeit der Bedingungen böse Folgen hatte. Dieser Tenor klingt noch einmal im Juni 1919 durch. Nachdem seit Mitte Mai nur noch von Rückzug, Terror und Mißerfolg der ungarischen Räteregierung in sehr knappen Meldungen berichtet worden war, wird am 21. Juni (M) eine ganze Rede BÉLA KUNS abgedruckt, in der dieser u. a. ausführt:

„Mein Wunsch wäre, daß Deutschland unterschriebe [gemeint ist der Friedensvertrag], denn damit verliert der Scheidemannismus den Boden unter den Füßen und die Massen des deutschen Volkes schließen sich dem revolutionären Flügel der Arbeiterschaft an, wie das schon in Österreich begonnen hat. Auch in der tschechischen Republik steht die Sache der Revolution nicht schlecht, und das Proletariat Italiens, Frankreichs und Englands ist gleichfalls er wacht.“

Nach dem Ausbruch der Revolution in Bayern ist dann der „Vorwärts“ bemüht, die Gefahren einer bolschewistischen Machtübernahme anzuprangern sowie die Opfer, die dafür entrichtet werden müssen. In einer abschließenden Kommentierung des geschei-

terten Experiments von BÉLA KUN warnt der „Vorwärts“ am 3. August (S) noch einmal vor dem Versuch einer kommunistischen Machtergreifung: „... die Rätediktatur in Rußland und Ungarn sowie ihr Zerrbild in München beruhten auf der Herrschaft einer Minderheit und waren daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt“. Eine Lösung könne nur der von der Sozialdemokratie angestrebte Weg bringen<sup>16</sup>.

### *Schriftumsverzeichnis*

#### *Zeitungen*

- Rote Fahne* Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Berlin, April/Mai 1919.  
*Vorwärts* Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, März bis August 1919 (Morgen- und Abendausgabe).

#### *Bücher und Abhandlungen*

- BAK, JÁNOS M. Veröffentlichungen zum 50. Jahrestag der Räterepublik in Ungarn (1919—1969) (Sammelbericht), in: Ungarn-Jahrbuch 3 (1971) S. 195—216.  
 — Aus dem Telegrammwechsel zwischen Moskau und Budapest. März—August 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 19 (1971) S. 187—224.  
 — Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 14 (1966) S. 551—578.  
 BÖHM, WILHELM Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen. München 1924.  
 BREUER, HUGO H. Das blutige Fiasko der Räte-Republik. Die Münchener Vorgänge als Mahnung zur Vernunft für das ganze deutsche Volk. München (1919).  
 GÁBOR, SÁNDORNÉ Ausztria és a Magyarországi Tanácsköztársaság [Österreich und die ungarländische Räterepublik]. Budapest 1969.  
 GERSTL, MAX Die Münchner Räte-Republik. München 1919.  
 KOPP, GÜNTHER Emanzipation durch Räte? Die Lehren von München 1918/19. Eine gesellschaftsgeschichtliche Deutung. Bamberg 1973.  
 LENIN Polnoe sobranie sočinenija. Moskva 1963, T. 38, S. 131—173.  
 LÖSCHE, PETER Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903—1920. Berlin 1967.  
 MITCHEL, ALLAN Revolution in Bavaria 1918—1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic. Princetown 1965.  
 MORENZ, LUDWIG Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/19. München, Wien 1968.  
 NEUBAUER, HELLMUT München und Moskau 1918/1919. München 1958.  
 Die ungarische Räterepublik im Jahre 1919 und ihr Widerhall in Deutschland. Eine Sammlung von Aufsätzen und Dokumenten. Berlin (Ost) 1959.  
 SCHMOLZE, GERHARD Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1969.  
 SIKLÓS, ANDRÁS (Hrsg.) Az 1918—1919 évi magyarországi forradalmok. Források, feldolgozások [Die ungarländischen Revolutionen 1918—1919. Quellen, Darstellungen]. Budapest 1964.  
 TÖKÉS, R. L. Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Origins and Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918—1919. New York 1967.

<sup>16</sup> SIKLÓS S. 145—147.